

# Unsere aufrichtigen Glückwünsche für Präsident Donald Trump



Viel Erfolg, Kraft und Gesundheit wünschen wir dem 47. amerikanischen Präsident Donald Trump nach diesem triumphalen und überzeugten Sieg, der durch seinen überzeugten Patriotismus und seiner unermüdlichen Bemühungen zur Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Volkes möglich wurde.

Besonders viel Kraft und Ausdauer wünschen wir ihm für die Bewältigung seiner hohen Berufung. Möge sein Patriotismus die Deutschen entzünden, um eine baldige „Erfreiung“ des Deutschen Volkes durch die Wiederherstellung des echten souveränen Deutschlands im Deutschen Reich, zu ermöglichen.

Wir, die wahren rechtsfähigen Reichs- und Staatsangehörigen, Heimatdeutsche und Deutsche der ganzen Welt, vertrauen darauf, dass die USA und Präsident Donald Trump sehr wohl die unsägliche Schmach und auch die Ursache kennt.

Die deutsche Nachkriegsordnung ist seit dem Jahr 2018 abgeschlossen, die wichtigsten institutionellen Organe des Deutschen Reiches sind besetzt und handlungsfähig. Zitat aus dem Deutschen Reichsanzeiger: *Zeitgleich mit der Bekanntmachung (Frühjahr 2018) durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, **dass für Deutschland die Nachkriegsordnung beendet ist**, wurde mit dem Dritten Bereinigungsgesetz, die Vorbereitungen für die „Erfreiung“ Deutschlands abgeschlossen.*

Um dem Frieden der Welt und der engen Verbundenheit zwischen dem Deutschen Volk und

der Welt zu dienen, haben wir uns als verfassungsorientierte und souverän handelnde Reichsleitung gebildet. Ohne jegliche Verpflichtung zu irgendeinem Land, einer Partei, einer Loge oder sonstiger Organisationen, steht der ewige Bund mit dem Namen Deutsches Reich zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands.

## **Das Deutschland der Zukunft bedeutet von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt!**

Das Deutsche Volk in Deutschland, der Heimat der Deutschen verdient Gerechtigkeit, Würde, Ehre, Wahrheit und das Recht auf Recht. So muss den Heimatdeutschen überlassen bleiben, wer im Land ihrer Ahnen leben darf und die gleichen Rechte eines Reichsangehörigen besitzt?

Die Herstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, steht im direkten Zusammenhang mit der Wiedereinrichtung der Grenzen, wie diese zum 31. Juli 1914 bestanden. Dieses zukünftige Deutschland lässt keine politisch operierende, nicht staatlich zugelassene Organisationen und Parteien zu. Das echte Deutsche Parlament (Reichstag) und auch die zukünftige Reichsleitung dient dem gesamten Deutschen Volk.

Die Verfassung und die Gesetze des Deutschen Reiches zum Stand 28.10.1918 wurden nie außer Kraft gesetzt, gelten demgemäß fort und gehen den Gesetzen der auf dem Boden des Deutschen Reiches handelnden Unternehmen, Alliierten und fremd staatlichen Verwaltungsgesellschaften vor! Es ist unbestritten, dass das Deutsche Reich rechtsfähig und in vielen Bereichen ausreichend handlungsfähig ist, um die Staatsgeschäfte sukzessive aufzunehmen. Die Einrichtung der institutionellen Organe regelt sich durch die einzige gültige Vollverfassung des Deutschen Reiches. An der Übereinstimmung internationaler geltender Verträge, die durch das souveräne Deutsche Reich ratifiziert wurden, gibt es keine Zweifel.

## **Im Namen des Deutschen Reiches, der Reichsleitung und des Deutschen Volkes**

Mit vorzüglicher Hochachtung

Erhard Lorenz, den 06. November 2024

Bevollmächtigter im Bundesrath

Staatssekretär des Innern

Präsidialsenat des Reichs- und Bundespräsidium

Professor der Universität SPIK Deutschland

---

# Video und PDF-Dateien - Förderverein

<https://www.youtube.com/watch?v=X0JRWMEhsBY>

[Anmeldung-beim-FV-MmgZ-1Herunterladen](#)

[Broschuere-FV-MmgZHerunterladen](#)

[Hand-in-Hand-2018Herunterladen](#)

---

## Deutsche Einheit 1871 und Preußen geht fortan in Deutschland auf

gelesen in:

[https://www.preussenchronik.de/thema\\_jsp/key=thema\\_deutsche+einheit+unter+preu%25dfens+hegemonie.html](https://www.preussenchronik.de/thema_jsp/key=thema_deutsche+einheit+unter+preu%25dfens+hegemonie.html)

und in:

<https://www.nationalstaat-deutschland.de/einheit/deutsche-einheit-unter-preussens-hegemonie-preussen-geht-fortan-in-deutschland-auf/>

## Deutsche Einheit unter Preußens Hegemonie

Das Problem der deutschen Frage, die sich durch das gesamte 19. und, in veränderter Form wiederum auch durch das 20. Jahrhundert zieht, wird schon früh mit preußischen Ambitionen in Verbindung gebracht. So erfindet eine bestimmte Schule der deutschen

Geschichtsschreibung, die sogenannte [kleindeutsch-borussische](#) unter den Historikern [Johann Gustav Droysen](#), Heinrich Sybel und [Heinrich von Treitschke](#) seit den 1840er Jahren für Preußen einen „deutschen Beruf“. Demnach hätte Preußen schon seit den Tagen [Friedrichs II.](#) alles dafür getan, einen deutschen [Nationalstaat](#) zu schaffen.

Eine solche deutsche Sendung Preußens bereits im 18. Jahrhundert gehört aber mit Sicherheit in das Reich der Legenden, denn vor 1789 interessiert sich niemand für einen deutschen [Nationalstaat](#), schon gar nicht unter den regierenden deutschen Territorialfürsten.

Die deutsche Frage als nationales Problem ist vielmehr eine Folge der Französischen Revolution von 1789 und in deren Gefolge der napoleonischen Besetzung Deutschlands. Diese Ereignisse führen überhaupt erst zu einer Nationalisierung der Politik, dem Erwachen eines deutschen Nationalbewusstseins und einer gemeinsamen nationalen Identität sowie politisch zum Untergang des [Heiligen Römischen Reiches](#) deutscher Nation. Die hier skizzierten Entwicklungen machen zusammen Reformen der nationalen und politischen Verfasstheit innerhalb der deutschen Grenzen in Mitteleuropa notwendig.



Die Besonderheit der deutschen [Nationalstaat](#)sbildung des 19. Jahrhunderts liegt in der Problematik begründet, daß Deutschland zu den verspäteten Nationen zählt. Während insbesondere England, Frankreich und auch Spanien im Westen, aber auch das Rußische Reich im Osten Europas bereits seit dem späten Mittelalter, die Vereinigten Staaten von Amerika im späten 18. Jahrhundert, ihre [Nationalstaaten](#) ausgebildet haben, ist dies zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa noch nicht gelungen. Aufgrund der internationalen Mächteinteressen erreichen es weder Italien im Süden noch Deutschland im Norden Mitteleuropas, eine nationalstaatliche [Einigung](#) durchzusetzen. Als zusätzliches Erschwernis kommt hinzu, daß mit der aufkommenden Industrialisierung und den Folgeerscheinungen des sich herausbildenden [Bürgertums](#), der Entstehung der Sozialen Frage und des Industrieproletariats der Nationalisierungsprozeß zusätzlich mit emanzipatorischen Forderungen nach freiheitlich-bürgerlichen Rechten sowie der sozialen Verbesserung belastet wird.

Die „deutsche Sendung“ Preußens beginnt im Anschluß an die Besetzung des Landes durch [Napoleons](#) Truppen. Nach 1806 bildet sich gerade in Preußen eine Bewegung heraus, die neben der Befreiung des Landes vom französischen Usurpator auch weitergehende

Forderungen nach einer deutschen Einigung stellt.

Dabei versteigen sich einige Vertreter der preußischen Nationalbewegung wie der „Turnvater“ [Friedrich Ludwig Jahn](#) oder der Geschichtswissenschaftler und Dichter [Ernst Moritz Arndt](#), aber auch der Dichter [Heinrich von Kleist](#) oder der Philosoph [Johann Gottlieb Fichte](#) zu deutschtümelnden und aggressiv-nationalistischen Formulierungen. Allerdings muss betont werden, daß sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Mehrheit der Bevölkerung oder auch der öffentlichen Meinung vertreten sind.

Nach dem Sieg der alten Mächte Preußen, Österreich und Rußland gegen [Napoleon](#) und der heranbrechenden Herrschaft der Reaktion gewährt der preußische König [Friedrich Wilhelm III.](#) weder die versprochene Verfassung, noch unternimmt er irgendwelche Schritte in Richtung auf eine deutsche [Einigung](#) unter Preußens Führung. Vielmehr wird die deutsche Frage durch Preußen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zunächst einmal niedergehalten. Auch der Nachfolger auf dem preußischen Thron, König [Friedrich Wilhelm IV.](#), lehnt die ihm 1848/49 von der Frankfurter [Nationalversammlung](#) angebotene [Kaiser](#)krone für ein kleindeutsch-preußisch geeintes Deutschland ab.



Er handelt zu diesem Zeitpunkt aber schon nicht mehr aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern in erster Linie wegen des Zustandekommens der Einigung durch eine parlamentarisch-demokratisch-liberale Bewegung auf revolutionärem Wege mit einer [Krone](#), die den „Ludergeruch der Revolution“ trägt, wie [Friedrich Wilhelm](#) sie kennzeichnet.

Interessant zu verfolgen ist der Prozeß, in dem Preußen plötzlich zum begehrtesten Kandidaten für eine deutsche [Einigung](#) in Mitteleuropa wird und der alten traditionellen [Habsburger](#)macht Österreich nach und nach den Rang abläuft. Die Gründe für diese überraschende Entwicklung liegen wohl in der Tatsache, dass es der preußische König ist, der 1848 hinter der schwarz-rot-goldenen Flagge der Revolution durch Berlin reitet, wenn auch

mehr gezwungen als gewollt.

Darüber hinaus stellt Preußen in Deutschland die einzige Großmacht dar, die über ein Staatsgebiet verfügt, auf dem abgesehen von den [Polen](#) in den Ostprovinzen eine überwiegend deutschsprachige Bevölkerung lebt, während Österreich ein buntes Vielvölkergemisch umfasst und bei einer nationalen Führungsrolle in Deutschland seine nicht-deutschsprachigen Gebiete hätte abtreten müssen.

Für Preußen als deutsche Hegemonialmacht bei der deutschen Einigung spricht zu diesem Zeitpunkt auch die Tatsache, daß dieses Land in seiner Rolle als europäischer Emporkömmling des 17. und 18. Jahrhunderts insgesamt im Vergleich zu Österreich einen „traditionslosen Kunststaat“ darstellt, der gerade auch dadurch territorial scheinbar unbegrenzt ausdehnbar ist. Dies sollte sich in den folgenden Jahren, zumindest bis zu einem gewissen Maß, auch so bewahrheiten.

Nach der in Deutschland unter tatkräftiger Mithilfe Preußens gescheiterten Revolution von 1848/49 ist die Frage der Nationalstaatsbildung im nördlichen Mitteleuropa auf die Dauer aber nicht mehr zurückzudrängen. Nachdem auch kleinere Nationen wie Griechenland (1829), Belgien (1830/31) sowie schließlich auch Italien 1859/61 ihre unabhängigen [Nationalstaaten](#) gegründet haben, übernimmt Preußen die staatlich-politische Führungsrolle innerhalb der deutschen Nationalbewegung. Ein erster Versuch einer deutschen Einigung scheitert 1850 noch am vehementen Widerstand Österreichs (Olmützer Punktation), das zu diesem Zeitpunkt noch die beherrschende Macht in Mitteleuropa darstellt. Dem seit 1862 in Preußen nach einem schweren Konflikt zwischen König und Parlament als letzter Nothelfer an die Macht gelangten Ministerpräsidenten Otto von [Bismarck](#) dagegen gelingt es, die deutsche Frage und die deutsche Nationalbewegung zu instrumentalisieren, um über diese Schiene die schwebende Konkurrenzsituation zwischen den beiden mitteleuropäischen Großmächten Österreich und Preußen zu einer Lösung zu führen.



Dabei wählt [Bismarck](#) diesen nationalen Kurs nicht in erster Linie, um endlich einen geeinten deutschen [Nationalstaat](#) in den Sattel zu heben, sondern vor allem anderen für eine Machtsicherung Preußens gegenüber der österreichischen Konkurrenz, die er angesichts der obwaltenden nationalistischen Großwetterlage nur noch auf diesem Wege zu verwirklichen sieht. Der preußische Ministerpräsident verfolgt dabei keineswegs einen genau festliegenden Stufenplan, der über drei Kriege von 1864 zielstrebig zum Deutschen [Kaiserreich](#) von 1871 führt, wie dies die preußenverherrlichende Geschichtsschreibung darstellt und es im Nachhinein scheinen mag, sondern er handelt jeweils nach den Notwendigkeiten und Gelegenheiten der Situation.

Durch diese „obrigkeitsstaatliche“ Lösung der deutschen Frage lässt sich die national-demokratische Bewegung auch besser kanalisieren und die Gefahr allzu großer sozialer Veränderungen vermeiden, die bei einer stärkeren Berücksichtigung einer Volksbewegung gedroht hätte. Somit kommt diese Variante der nationalen Einigung auch den Bedürfnissen des preußisch-deutschen [Bürgertums](#) entgegen, das sich vor nichts mehr fürchtet als vor dem Schreckgespenst einer neuen Revolution.

Die Rivalität zwischen der Donaumonarchie und Preußen ist zu diesem Zeitpunkt schon über ein Jahrhundert alt und rührt aus der Zeit der Schlesischen Kriege, mit denen Friedrich II. Österreich Gebiete entreißt und der steile Aufstieg Brandenburg-Preußens beginnt, der die österreichische Großmachtdominanz in Mitteleuropa zumindest gefährdet. Durch den territorialen Zugewinn Preußens nach 1815, vor allem aber dank der wirtschaftlichen [Modernisierung](#) des Landes, in der es Österreich längst überholt hatte, sowie der Gründung des Zollvereins unter preußischer Dominanz verschärft sich die Konkurrenz-Situation insgesamt noch.

Bismarck glaubt deshalb schon 1856 als Gesandter Preußens beim [Deutschen Bund](#) in Frankfurt erkannt zu haben, daß es mit Österreich in und um Deutschland auf absehbare Zeit zu einer Auseinandersetzung kommen müsse. Dementsprechend gestaltet er seit seinem Machtantritt als preußischer Ministerpräsident 1862 seine Politik der [Habsburgermonarchie](#) gegenüber. Schon 1863 läßt er den letzten österreichischen Versuch scheitern, den dahinsiechenden [Deutschen Bund](#) noch einmal funktionstüchtig zu machen, indem er den heftig widerstrebenden König [Wilhelm I.](#) dazu überredet, an dem zu diesem Zweck angesetzten Fürstentreffen gar nicht mehr teilzunehmen. Über die Schleswig-Holstein-Frage finden zwar beide Mächte zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Dänemark, um sich vor der inzwischen mächtigen deutschen Nationalbewegung ordentlich in das rechte Licht setzen zu können. Indes nutzt [Bismarck](#) die gemeinsame Verwaltung von Schleswig-Holstein durch Preußen und Österreich als geeignetes Streitobjekt, um durch eine gezielte Eskalation 1866 gegen Österreich den entscheidenden Krieg um die Hegemonie in Deutschland führen zu können.



Der Sieg Preußens bei der böhmischen Festung [Königgrätz](#) lässt Europa erneut aufhorchen. Der Kardinalstaatssekretär des päpstlichen Kirchenstaates Antonelli lässt sich gar zu dem Stoßseufzer hinreißen: „Casca il mondo“ („die Welt stürzt ein“). Zwar geht auf den böhmischen Schlachtfeldern 1866 noch nicht die Welt unter, doch mit der österreichischen Vorherrschaft in Mitteleuropa ist es vorbei.

Preußen erhält mit dem Frieden von [Prag](#) nicht nur einige wichtige territoriale Zugewinne (Frankfurt, Hannover, Teile Sachsens u.a.) und steigert seine Dominanz im deutschen Ländersystem noch weiter, sondern es erreicht über den 1867 ins Leben gerufenen [Norddeutschen Bund](#) mit Sachsen, den Thüringischen Staaten und Hessen (nördlich des Mains) bereits ein Kleindeutschland, dem jetzt nur noch die süddeutschen Staaten fehlen. Diese süddeutschen Länder, die 1866 noch auf der Seite Österreichs gegen die hier wenig beliebten Preußen gekämpft haben, finden sich vier Jahre später dank der inzwischen übermächtigen nationalen Bewegung auf der Seite Preußens bzw. des Norddeutschen Bundes wieder, als es darum geht, den Versuch [Napoleon](#) III. von Frankreich zu vereiteln, die endgültige preußisch-deutsche Vereinigung zu verhindern.

**Nach dem Sieg über die französischen Truppen im Winter 1870/71 hat [Bismarck](#) nicht nur mit einigen süddeutschen Fürsten über die endgültige Ausgestaltung des neu zu gründenden Deutschen [Kaiserreiches](#) zu verhandeln und den bayerischen König Ludwig II. mit entsprechenden Geldzahlungen gefügig zu machen. Er muß insbesondere seinen eigenen Herrn, den preußischen König [Wilhelm I.](#) davon überzeugen, von nun an als Deutscher [Kaiser](#) zu fungieren.**



***[Wilhelm I.](#) ist, als er sich zu diesem Schritt endlich durchringen kann, den Tränen nahe, weil er den Untergang Preußens besiegelt sieht. Der***



*weitere Verlauf der deutschen Geschichte sollte letztlich eher ihm recht geben als [Bismarck](#), der für Preußen zu handeln glaubte und der Meinung war, daß Deutschland in Preußen aufgehen würde. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Es mutet insgesamt durchaus paradox an, dass gerade der „Kunststaat“ Preußen, der mit seiner königlichen Kernregion (Ost-) Preußen am Beginn des 18. Jahrhunderts noch außerhalb des [Deutschen Reiches](#) liegt, ein Jahrhundert später den deutschen [Nationalstaat](#) ins Leben ruft.*

Neben dem großen Chor der Jubler und Propagandisten des preußischen Weges der deutschen [Einigung](#), zu denen auch die wichtigsten Historiker dieser Zeit gehören, vor allem [Treitschke](#), Sybel und [Droysen](#), gibt es 1871 auch Zeitgenossen, die das neue preußisch geprägte [Deutsche Reich](#) für gefährlich halten. Zu ihnen gehören der Historiker Georg Gottfried Gervinus sowie auch Friedrich Nietzsche, der in dem Sieg von 1870/71 die „Niederlage, ja Exstirpation [Auslöschung] des deutschen Geistes zugunsten des Deutschen Reiches“ zu erkennen glaubt. Ihre Äußerungen bleiben aber Einzelstimmen innerhalb der überwiegenden Mehrheit derjenigen, die sich mit der deutschen Einigung von 1871 am Ziel ihrer nationalen Sehnsüchte angekommen sehen. Aber auch die süddeutschen Staaten mit ihren teilweise liberalen Traditionen zählen zunächst zu den Verlierern der Entwicklung, denen es angesichts der realen Machtverhältnisse kaum gelingt, ihre Vorstellungen von politischer Kultur und Verfasstheit in das neue Deutsche Reich einzubringen.

**Die Folgen, die die deutsche nationale Einigung unter preußischer Hegemonie für Deutschland insgesamt und für Preußen selbst in der Zukunft haben sollte, sind 1871 in ihrer ganzen Tragweite noch nicht abzusehen und in der Forschung teilweise bis heute strittig. Auf der Hand liegt aber, daß das neue Deutsche Kaiserreich von seinem mit Abstand größten und mächtigsten Gliedstaat Preußen dominiert wird. Dafür sorgt schon der föderale Charakter der Reichsverfassung, der zwar von den süddeutschen Staaten gewünscht ist und deren Selbständigkeit auch stärkt, gleichzeitig aber auch Preußens Dominanz festschreibt,** die zunächst von keiner Zentralgewalt überwölbt wird. Das preußische Staatsgebiet macht zwei Drittel des gesamten Territoriums des Deutschen Reiches aus, drei Fünftel seiner Einwohner leben in der [Hohenzollern](#)monarchie. Wie deutlich die Hegemonialmacht Preußen innerhalb des Kaiserreiches alle anderen Einzelstaaten übertrifft, zeigt die Tatsache, dass der Haushalt Preußens bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges höher ist als der des Deutschen Reiches. So betragen die Gesamtausgaben des Deutschen Reiches im Haushaltsjahr 1898 knapp 1,6 Milliarden Mark, die Preußens aber mehr als 2,3 Milliarden Mark.



Von größerer Tragweite sind aber die Folgen der deutschen Einigung unter preußischer Hegemonie für die politische Kultur in Deutschland. Durch die überragende Bedeutung, die der Einzelstaat innerhalb des Reiches einnimmt, durch die Tatsache, daß Preußen zunächst einmal einen Teil der neuen [Bürokratie](#) und des Regierungsapparates des [Reiches](#) stellt bzw. beide Verwaltungsapparate durch Personalunion verbunden sind sowie durch die Rolle, die Preußen bei der deutschen Einigung spielt, setzt sich das politische Gesamtkonzept Preußen und seine politische Kultur auch in vielen Teilen des neuen [Kaiser](#)reiches durch. Die „Verpreussung“ Deutschlands zeigt sich u. a. in der politischen Haltung des Großbürgertums, das mit dem [Adel](#) gegen Arbeiterbewegung, Parlamentarismus und demokratische Mitwirkungsrechte der Bevölkerung ein Bündnis eingeht. Dazu gehört des weiteren der teilweise gelungene Versuch, die politische Untertanenkultur Preußens auf die Reichsebene zu übertragen und eine freie Staatsbürgerkultur auf der Basis der Freiheit zu verweigern. Weitere Symptome dieser Entwicklung sind die allgemeinen Militarisierung des Bildungsbürgertums sowie in deren Gefolge einer „Verpreussung“ auch des deutschen Geschichtsbildes (Preußen-Mythos).

**Und somit erhält auch das Lied der Deutschen den nationalen Geist aller Deutschen Völker:**

[RGBl-1109241-Nr23-Erlass-Nationalhymne \( Deutschlandlied, Lied der Deutschen, Deutsche Hymne \)](#)

Die erst zum 01. Oktober 2011 für den Nationalstaat Deutschland und in Kraft trat.

---

# Der herbeigesehnte Nationalstaat Deutschland

gelesen: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich>

Das Deutsche Reich war eine konstitutionelle Monarchie und mit 41 Millionen Menschen im Jahr der [Reichsgründung](#) 1871 der bevölkerungsreichste Staat in Mitteleuropa. 1914 lebten bereits 68 Millionen Menschen in Deutschland, das sich zur größten Industrienation Europas entwickelt hatte. An der Spitze dieses von vielen Deutschen im 19. Jahrhundert herbeigesehnten Nationalstaates stand der König von Preußen, der den vererbaren Titel „Deutscher Kaiser“ führte. Die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik bestimmte aber [Otto von Bismarck](#), der als „Reichsgründer“ über enormes Prestige verfügte. Anders als sein Großvater [Wilhelm I.](#) überließ der 1888 inthronisierte Kaiser Wilhelm II. die politische Führung nicht dem Reichskanzler. Nach der Entlassung Bismarcks 1890 wollte Wilhelm II. das wirtschaftlich prosperierende Deutsche Reich in „persönlichem Regiment“ auch machtpolitisch zu „Weltgeltung“ führen. Dadurch geriet Deutschland immer wieder in Konflikt

mit anderen europäischen Großmächten und manövrierte sich in eine gefährliche außenpolitische Lage. Nur auf das enge Bündnis mit Österreich-Ungarn war am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1914 noch Verlass. Die militärische Niederlage Deutschlands 1918 besiegelte auch das Ende des Kaiserreiches.

## Das „Bismarckreich“ 1871 bis 1890

Otto von Bismarck wollte das neu gegründete Deutsche Reich außenpolitisch sorgsam in das sensible europäische Staatensystem einbinden. Er erklärte mehrfach, das Reich sei „saturiert“ und müsse nicht als potentieller Aggressor gefürchtet werden. Ausgehend von der Überzeugung, Frankreich werde den Verlust von Elsass-Lothringen nie akzeptieren und stets bestrebt sein, das 1871 an Deutschland verlorene Gebiet mit allen Mitteln zurück zu gewinnen, knüpfte Bismarck ein Bündnissystem mit Beistands- und Neutralitätsabkommen. Jedoch suchte Deutschland keine Aussöhnung mit Frankreich, das immer nach einer Revanche für die Niederlage von 1870/71 trachtete. Die politische und militärische Isolierung Frankreichs war deshalb die Prämisse von Bismarcks Außenpolitik. Einen neuen Krieg verhindern konnte diese Politik aber nur so lange, wie unter den sich gegenseitig misstrauisch beobachtenden Großmächten ein militärisches Gleichgewicht bestand.

Galt Bismarcks außenpolitisches Hauptaugenmerk der Verhinderung von Koalitionen der Großmächte gegen Deutschland, so sorgte er sich im Inneren vor allem um den nationalen Zusammenhalt. Als ernste Bedrohung für die preußisch-protestantisch geprägte Monarchie empfand Bismarck den politischen Katholizismus, dessen Einfluss er im „[Kulturkampf](#)“ vergeblich auszuschalten versuchte. Die größte Gefahr für das von konservativen Eliten getragene gesellschaftspolitische System sah Bismarck aber in der erstarkenden Arbeiterbewegung. Mit repressiven Maßnahmen bekämpfte der Staat die Sozialdemokratie, deren Strukturen jedoch mit dem von 1878 bis 1890 gültigen „[Sozialistengesetz](#)“ nicht zerschlagen werden konnten. Zugleich wollte Bismarck die Arbeiter mit einer fortschrittlichen [Sozialgesetzgebung](#) an den Staat binden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Wilhelm II. über das „Sozialistengesetz“ gaben am 20. März 1890 schließlich den Anlass für den erzwungenen Rücktritt des 75-jährigen Reichskanzlers. Von den Wertvorstellungen des altpreußischen Landadels geprägt, war dem Junker Bismarck der Zugang zu den Problemen der entstehenden Industrie- und Massengesellschaft verschlossen geblieben.

## Die „Wilhelminischen Ära“ 1890 bis 1914

Der junge, technikbegeisterte Wilhelm II. schien ungleich mehr Verständnis für die

fortschreitende Modernisierung der industriellen Gesellschaft zu haben. In bewusster Abgrenzung zu seinem als liberal geltenden Vater, dem nach nur 99-tägiger Regentschaft verstorbenen Friedrich III., war Wilhelm II. aber ein entschiedener Gegner des Parlamentarismus. Die von Liberalen und Sozialdemokraten geforderte Einführung einer parlamentarischen Regierungsform war unter ihm nicht durchsetzbar. Im Reichstag blieb eine seit 1871 bestehende Fünf-Parteien-Konstellation vorherrschend. Gegenüber dem katholischen Zentrum, den Konservativen sowie den Links- und Nationalliberalen konnten die Sozialdemokraten auch in der „Wilhelminischen Ära“ erhebliche Stimmenzuwächse verzeichnen und stellten 1912 erstmals die stärkste Reichstagsfraktion. Die Bedeutung der organisierten Arbeiterbewegung wuchs mit der fortschreitenden Industrieentwicklung des Reiches. Von 1871 bis 1914 versechsfachte Deutschland seine industrielle Produktion und überflügelte damit Großbritannien. Dem starken Wirtschaftswachstum stand ein ebenso rasanter Aufschwung von Wissenschaft und Forschung zur Seite. Vor dem Ersten Weltkrieg ging jeder dritte Nobelpreis für Naturwissenschaften nach Deutschland. Bahnbrechende Fortschritte in der Medizin, technische Errungenschaften wie die Elektrizität oder das Automobil und eine erhöhte Mobilität veränderten die gewohnten Lebenswelten.

Großstädte hatten durch den Aufschwung der Wirtschaft Massen von [Zuwanderern](#) angezogen, die häufig in Mietskasernen unter beengten und unhygienischen Bedingungen ein zumeist tristes Leben führten. In krassem Kontrast dazu standen die Prachtbauten und die luxuriöse Repräsentation erfolgreicher Unternehmer und Bankiers, die auch politisch an Einfluss gewannen. Diese aufstrebende Schicht des Großbürgertums konkurrierte in ihrer Selbstdarstellung mit dem Adel, der seine gesellschaftliche Leitfunktion noch behaupten konnte. Das öffentliche Leben im Kaiserreich wurde von einer tradierten Gesellschaftsordnung geprägt, die alles Militärische extrem überbetonte. Gleichzeitig aber machten Reformbewegungen und künstlerische Avantgarde auf sich aufmerksam, die auf Überwindung autoritärer Konventionen und als überkommen angesehener Lebens- und Kunststile abzielten.

Zugleich nahm in der Meinungsbildung die Bedeutung nationalistischer, häufig antisemitisch argumentierender Agitationsverbände zu, die auch eine politische „Weltmachtstellung“ für das zu einem Industriegiganten aufgestiegene Deutsche Reich mit allen Mitteln einforderten. In festem Glauben an die Überlegenheit der deutschen Wehrkraft wollte Wilhelm II. Deutschland einen „Platz an der Sonne“ sichern. Doch die Welt war unter den imperialistischen Staaten schon weitestgehend aufgeteilt. Der unter dem Kaiser erworbene Kolonialbesitz war unbedeutend und stand in keinem Verhältnis zu den politischen Folgekosten der [Flottenausrüstung](#). Insgesamt zeigte sich das deutsche Kaiserreich unter Wilhelm II. so widerspruchsvoll wie der Monarch selbst: Deutschland schwankte zwischen den Extremen einer überaus dynamischen Modernisierung und dem strikten Beharren auf längst unzeitgemäßen Traditionen. Vor allem in Preußen, dem mit Abstand wirtschaftlich stärksten

und bevölkerungsreichsten Land, prallten industrieller Fortschritt und konservative Agrarstrukturen hart aufeinander. Das Ausland erblickte im Deutschen Reich – und hier vor allem in Preußen – eine bedrohliche Hochburg von Reaktion und Militarismus, dessen aggressives imperiales Machtstreben die zu einer Triple-Entente zusammengeschlossenen Großmächte Russland, Frankreich und Großbritannien einzuschränken suchten. Deutschland wiederum sah sich am Vorabend des Ersten Weltkrieges von Feinden „eingekreist“, die seinen weltpolitischen Aufstieg verhindern wollten.



Otto von Bismarck als Schmied des Deutschen Reiches, um 1900



Christian Heyden: „Kaiser Wilhelm II.“,

um 1900

Arnulf Scriba

© Deutsches Historisches Museum, Berlin

15. Oktober 2015

---

# Deutschland und das Deutsche Reich am 11.11.2018

Realistisch betrachtet, kann ich sagen, der Dolchstoß vor 100 Jahren durch die deutschen Parteien wurde im Frühjahr des Jahres 2018 durch die damaligen hohen Amtsträger mit der unvergesslichen Bezeichnung „14 Heilige“ wiederholt. Ab da, war nichts mehr wie es sein hätte können.

Mit dem 11.11.2018 möchte ich die MmgZ und die Volks-Büros mehr ins Licht bringen:

<https://mmgz.de/Zeitung> (NEU)

gerne verweise ich hier auch nochmal auf die neuen Seiten:

<https://deutsche-reichsdruckerei.de/Dienst/>

<https://deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl/>

<https://uni-spik.de/studium/>

<https://amtswegweiser.de>

<https://volks-buero.de>

Wir haben bezogen auf unsere Ahnen etwas gut zu machen, darum haben wir zu verstehen, daß am 11.11.1918 durch den Dolchstoß der deutschen an den Deutschen, die moderne und auch volksnahe Monarchie gestürzt wurde, und dies nur den deutschen Parteien zuzuschreiben ist. Schaut genau hin was nach 100 Jahren wieder zu erkennen ist und welche Geister mitgewirkt haben.

Mit der Weimarer Republik (1919) wurde eine „Arbeitslager-Republik“ erschaffen und zugleich die Grundlage für das aktuelle europäische Flüchtlingslager gelegt. **Gemäß dem Schöpfungsgesetz von Ursache und Wirkung, ist das deutsche Volk NICHT schuldlos an dem damaligen und heutigen Zustand.** Daß mit dem 28. Juni 1919 ein internationales Arbeitsamt eingerichtet wurde, das gemäß UN und der aktuellen EU heute noch besteht, ist kein Zufall.

Damit sich die Geschichte im Sinne der Ahnenpflicht bezüglich dem „**Präsidium des Bundes**“ nicht wiederholt, habe ich im Jahr 2011 die Verantwortung zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches angenommen und bin heute zur folgenden Erkenntnis gekommen. **Der Fluch liegt nicht auf dem Deutschen Reich und seinem Kaiser, sondern auf Deutschland und dem deutschen Volk.** Genau da setzen wir nun an.

<https://nationalstaat-deutschland.de>

<https://deutscher-gerichtshof.de>



<https://verfassung-deutschland.de>

<https://bundespraesidium.de>

Mit diesen Domains und der nun anstehenden Arbeit die unsere Volks-Büros zu erledigen haben, wollen wir „Licht auf dem Weg zur Erkenntnis“ bringen.

Mit dem Aufruf zur Ahnenpflicht und den besten Grüßen, 100 Jahre nach dem Rosenschlaf des wahren Deutschen Volkes

Erhard Lorenz

Staatssekretär des Innern und Präsidialsenat

---

# Studium 13 Schritte zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschland

Über die Uni-SPIK Deutschland können Sie die 13 Schritte studieren.

<https://uni-spik.de/studium/13schritte/folie1.htm>

**Die nachfolgenden 13 Schritte sind der Schlüssel zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands.**

**[13 Schritte zur Befreiung Deutschlands bei youtube.](#)**

## **Erster Schritt:**

Anerkennung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 „[RuStaG 1913](#)“.

## **Zweiter Schritt:**

Anerkennung und Annahme des Staatsgebietes wie es 1913 bzw. am 31. Juli 1914 bestand.

## **Dritter Schritt:**

Anerkennung der [Verfassung von 1871](#) für diesen Staat, letzter Stand 28. Oktober 1918.

#### **Vierter Schritt:**

Annahme der Gesetze wie diese zum Stand 28. Oktober 1918 bestanden haben.

#### **Fünfter Schritt:**

Herstellung der Handlungsfähigkeit der gesetzgebenden Organe gemäß Artikel 5 der Verfassung

- a) Bundesrath mit maximal 61 Bevollmächtigten (*da aus dem freiwilligen Volk bestimmt*).
- b) Reichstag mit maximal 441 Delegierten (*da aus dem freiwilligen Volk bestimmt*).

#### **Sechster Schritt:**

Ernennung des Reichskanzlers, gemäß [Artikel 15 der Reichsverfassung](#) und [RGGI-1005232-Nr7-Uebergangsgesetz](#).

#### **Siebter Schritt:**

Inkraftsetzung von Übergangsgesetzen oder Erlassen, die den Übergangssitz bestimmt, die Übergangsstrukturen festlegt und die Übernahme aller Liegenschaften, Organisationen, Behörden, Stiftungen, Vereine, Gewerbe usw. auf das Deutsche Reich gesetzlich vorschreibt.

#### **Achter Schritt:**

Herstellung der Handlungsfähigkeit des Reichspräsidenten.

#### **Neunter Schritt:**

Die BRD und die Botschaften der Welt schriftlich darauf hinweisen, daß der Mangel behoben ist. Zitat:

Das Deutsche Reich existiert fort (*BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]*), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.

#### **Zehnter Schritt:**

Die notwendigen Ämter und Organisationen mit Verantwortlichen Personen besetzen. Die Judikative nach Staatsrecht einrichten. Die Bundesstaaten aktivieren. (Eventuell Neue Verfassung erarbeiten.)

#### **Elfter Schritt:**

Die Reichsämter und alle notwendigen Behörden, handlungsfähig einrichten.

#### **Zwölfter Schritt:**

Nun das deutsche Volk über diese Situation flächendeckend informieren. [Wahlen für den Reichstag](#), sowie für das [Bundespräsidium](#) durchführen und die zukünftige politische Staatsform, abstimmen lassen.

#### **Dreizehnter Schritt:**

Friedensvertragliche Regelungen vorbereiten.

Das deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Juli 1914 stellt den weltweiten Frieden her.